

Teilnahmevereinbarung

Zum Verfahren: „DSO Toolkit – Skalierbares Toolkit für ein aktives Verteilnetzmanagement in Niederspannungsnetzen“

zwischen

der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE)

dieses vertreten durch:

die Forschungszentrum Jülich GmbH, Projektträger Jülich (PtJ) im Folgenden Auftraggeberin (AG)

und

Teilnehmer yyy

Vertreten durch...

Diese Teilnahmevereinbarung regelt die allgemeinen Bedingungen für die Teilnahme des Teilnehmers an der vorkommerziellen Auftragsvergabe (Pre-Commercial Procurement, PCP) ‚DSO Toolkit – Skalierbares Toolkit für ein aktives Verteilnetzmanagement in Niederspannungsnetzen‘ und ergänzt die Leistungsbeschreibung sowie die weiteren Ausschreibungsunterlagen.

Eine Verhandlung über die Inhalte der Teilnahmevereinbarung ist ausgeschlossen.

Hinweis: Bei Streitigkeiten über Rechte und Pflichten der Parteien aus dieser Teilnahmevereinbarung und dessen Auslegung ist die deutsche Fassung maßgebend.
--

Inhalt

Begriffsbestimmung	3
Abkürzungsverzeichnis	7
Zielsetzung	8
1 Teilnahme.....	8
2 Verfahrensablauf	9
3 Vergütungsmodell	10
4 Berichtspflichten	11
5 Geistiges Eigentum	12
6 Rechte und Pflichten während der Teilnahme.....	17
7 Weiteres	21
8 Salvatorische Klausel.....	21

Begriffsbestimmung

Für die Zwecke dieser Teilnahmevereinbarung gelten die folgenden Begriffe entsprechend ihrer jeweiligen Definition. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Auftraggeber (AG)

Auftraggeber ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE), dieses vertreten durch die Forschungszentrum Jülich GmbH, Projektträger Jülich (PtJ). Der PtJ ist Ansprechpartner für alle Fragen zur Abwicklung der Projekte.

Bevollmächtigter Vertreter der Teilnehmergeinschaft

Im Falle einer Teilnehmergeinschaft ist hiermit der in der Bietergemeinschaftserklärung benannte bevollmächtigte Vertreter gemeint

Bieter

Alle Unternehmen oder Einrichtungen, die ein Angebot einschließlich Lösungsansatz auf Grundlage der Ausschreibungsunterlagen für Phase 1 dieses Wettbewerbes einreichen. Bietergemeinschaften sind möglich. Mit der Bietergemeinschaftserklärung wird ein bevollmächtigter Vertreter (juristische Person) benannt, der als alleiniger Vertragspartner für den AG fungiert.

Dritte Partei

Jedes andere Unternehmen, jede Einrichtung oder Einzelperson außer der Auftraggeberin und den Teilnehmern.

Ergebnisse

Alle materiellen oder immateriellen Leistungen, die im Rahmen des PCP entstehen, unabhängig von ihrer Form oder Art und davon, ob sie schutzfähig sind. Hierzu zählen insbesondere Quell-/Source-Code, Materialien, Dokumente, Technologien, Lösungen, Daten, Wissen und Informationen sowie alle damit verbundenen Rechte, einschließlich der Rechte an geistigem Eigentum („Rechte an den Ergebnissen“ bzw. „mit den Ergebnissen verbundene Rechte an geistigem Eigentum“).

Faire, angemessene und nichtdiskriminierende (FRAND) Bedingungen

Angemessene Bedingungen, einschließlich finanzieller oder lizenzgebührenfreier Bedingungen, unter Berücksichtigung der spezifischen Umstände des Zugangsantrags (z. B. des tatsächlichen oder potenziellen Werts der Ergebnisse, des Hintergrunds, zu dem Zugang beantragt wird, und/oder des Umfangs, der Dauer oder anderer Merkmale der beabsichtigten Nutzung).

Hintergrund oder bestehende Rechte

Alle Rechte, einschließlich gewerblicher Schutzrechte und Rechte an geistigem Eigentum, an Hintergrundinformationen bzw. bestehenden Informationen. Sie können Eigentumsrechte, Lizenzrechte und/oder Nutzungsrechte des Auftragnehmers, des Urhebers, der Auftraggeberin oder sonstiger Dritter, einschließlich Unterauftragnehmer, umfassen.

Hintergrundinformationen oder „Bestehende Informationen“

Jegliches Material, Dokumente, Technologien, Lösungen, Daten, Know-how oder Informationen – unabhängig von ihrer Form oder Art (materiell oder immateriell) und davon, ob sie schutzfähig sind –, einschließlich aller damit verbundenen Rechte wie Rechte an geistigem Eigentum („Hintergrund-Rechte an geistigem Eigentum“), die (1) vor Unterzeichnung der Vertragsunterzeichnung vorhanden waren, (2) von den am PCP beteiligten Parteien als Hintergrundinformationen identifiziert wurden und (3) zur Durchführung des PCP oder zur Verwertung der Ergebnisse des PCP erforderlich sind.

Im Rahmen des PCP generiert

Ergebnisse, die im Rahmen der Durchführung von Aktivitäten entstehen, die in den PCP-Vertragsunterlagen beschrieben sind.

Lizenz

Ein Recht, das der Inhaber eines Schutzrechts einer anderen Person (dem Lizenznehmer) gegen eine vereinbarte Zahlung (Gebühr oder Lizenzgebühr) einräumt, um dieses Recht zu nutzen. Lizenzen können exklusiv oder nicht-exklusiv sein. Eine exklusive Lizenz bedeutet, dass keine andere Person oder kein anderes Unternehmen als der genannte Lizenznehmer die betreffenden Rechte nutzen darf. Eine nicht-exklusive Lizenz gewährt dem Lizenznehmer das Nutzungsrecht, lässt aber dem Lizenzgeber die Möglichkeit, dasselbe Recht selbst zu nutzen und weiteren Lizenznehmern einzuräumen.

Lösungsansatz

Das Angebot eines Bieters oder einer Bietergemeinschaft (vor Phase 1) oder eines Teilnehmers oder einer Teilnehmergemeinschaft (ab Phase 1) gemäß den Ausschreibungsunterlagen (auch „Lösungsbeschreibung“ oder „Lösungsentwurf“).

Marktkonsultation

Ein vorgelagertes, offenes Verfahren, in dem die Auftraggeberin vor Veröffentlichung der Ausschreibung potenzielle Marktakteure zu technologischen Lösungen, Marktverfügbarkeiten und Rahmenbedingungen befragt. Die Marktkonsultation dient der Vorbereitung der Leistungsbeschreibung und erfolgt ohne Vorwegnahme oder Begründung späterer Zuschlagsentscheidungen.

Nicht im Rahmen des PCP generiert

Ergebnisse, die nicht im Rahmen der Durchführung von Aktivitäten entstehen, die in den PCP-Vertragsunterlagen beschrieben sind.

Phase

Jede einzelne Phase des Wettbewerbs.

Rechte an geistigem Eigentum (IPR)

Alle Patentrechte (einschließlich, aber nicht beschränkt auf Teilungen, Erweiterungen, Verbesserungs patente, ergänzende Schutzzertifikate), Erfindungen (unabhängig von ihrer Patent- oder Eintragungsfähigkeit), Marken, Urheberrechte (einschließlich Urheberpersönlichkeitsrechte), Topographierechte, Geschmacksmusterrechte, Rechte an und in Datenbanken (einschließlich des Rechts, die Entnahme oder Weiterverwendung von Informationen aus einer Datenbank zu verhindern), Geschäftsgeheimnisse und Vertraulichkeitsrechte, Know-how, Handels- oder Geschäftsbezeichnungen und Domännennamen, unabhängig davon, ob diese eingetragen oder eintragungsfähig sind, einschließlich aller Anträge auf Eintragung, Erneuerung oder Erweiterung dieser Rechte sowie aller anderen Rechte oder Schutzformen ähnlicher Art mit gleichwertiger oder ähnlicher Wirkung, die jetzt oder in Zukunft weltweit bestehen können.

Sideground

Jegliches Material, Dokument, Technologie, Lösung, Daten, Know-how oder Informationen („Sideground-Informationen“) – gleich welcher Art (materiell oder immateriell) und unabhängig davon, ob sie schutzfähig sind –, einschließlich aller damit verbundenen Rechte wie geistige Eigentumsrechte („Sideground-IPR“), die während der Laufzeit des PCP entstehen, aber nicht im Rahmen der Durchführung von Aktivitäten generiert werden, die in den PCP-Vertragsunterlagen beschrieben sind.

Sideground Rights / Sideground-Rechte

Alle Rechte, einschließlich gewerblicher Schutzrechte und Rechte an geistigem Eigentum, an Sideground-Materialien. Sie können Eigentumsrechte, Lizenzrechte und/oder Nutzungsrechte des Auftragnehmers, des Urhebers, der Auftraggeberin oder sonstiger Dritter, einschließlich Unterauftragnehmer, umfassen.

Technologie-Reifegrad

Methode zur Einschätzung des Reifegrads von Technologien; engl. Technology Readiness Level (TRL). TRLs ermöglichen konsistente und einheitliche Diskussionen über den technischen Reifegrad verschiedener Technologietypen. TRL wird im Rahmen einer Bewertung der technologischen Bereitschaft (Technology Readiness Assessment, TRA) ermittelt, bei der Programmkonzepte, technologische Anforderungen und nachgewiesene technologische Fähigkeiten untersucht werden. Die TRL-Skala reicht von 1 bis 9, wobei TRL 9 den höchsten Reifegrad darstellt.

Teilnehmer/Teilnehmergemeinschaft

Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft (insbesondere KMU und Start-ups), Universitäten sowie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die auf Grundlage der Ausschreibungsunterlagen zur Teilnahme am PCP ausgewählt wurden. Im Falle einer Teilnehmergemeinschaft sind hiermit alle Mitglieder der Teilnehmergemeinschaft gemeint.

Unterauftragnehmer

Dritte, die vom Teilnehmer mit der Erbringung von Teilen der im Rahmen des PCP geschuldeten Leistungen beauftragt werden. Sie werden nicht Vertragspartner der Auftraggeberin, sondern erbringen ihre Leistungen auf Grundlage eines Vertrags mit dem Teilnehmer. Der Teilnehmer bleibt gegenüber der Auftraggeberin für die ordnungsgemäße Erfüllung aller vertraglichen Pflichten verantwortlich.

Vorkommerzielle Auftragsvergabe (Pre-Commercial Procurement, PCP)

Ein von der Europäischen Kommission definierter spezifischer Ansatz für die Beschaffung von Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen, der eine wettbewerbsorientierte Entwicklung in Phasen und eine Risiko-Nutzen-Teilung unter Marktbedingungen beinhaltet und bei dem eine klare Trennung zwischen der wettbewerbsorientierten Entwicklung und der Bereitstellung kommerzieller Mengen von Endprodukten besteht.

Wettbewerb

Die von den Teilnehmern im Rahmen dieses Vorhabens zu erbringenden Forschungs- und Entwicklungsleistungen (FuE) gemäß den in den Ausschreibungsunterlagen aufgeführten Spezifikationen.

Zufriedenstellender Abschluss einer Phase

Ein zufriedenstellender Abschluss einer Phase liegt vor, wenn der Schlussbericht für die jeweilige Phase vollständig und fristgerecht eingereicht wurde, die in der Leistungsbeschreibung – einschließlich der dortigen Tabellen zu den in der Phase zu erfüllenden Aufgaben – geforderten Ergebnisse und Nachweise erreicht wurden und keine wesentlichen Vertragsverletzungen vorliegen, die der Auftraggeber nach angemessener Prüfung als ausschlussrelevant einstuft.

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Auftraggeber
AEUV	Arbeitsweise der Europäischen Union
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BMWE	Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
EU	Europäische Union
EUV	Vertrags über die Europäische Union
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum
FuE	Forschungs- und Entwicklungsleistungen
FRAND	Fair, Reasonable, and Non-Discriminatory“ (fair, angemessen und diskriminierungsfrei)
FZulG	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (Forschungszulagen-gesetz)
HG	Haushaltsgesetz
IHK	Industrie- und Handelskammer
IPR	Intellectual Property Rights – Rechte an geistigem Eigentum
i.S.d.	im Sinne der/des
IT	Informationstechnologie
KMU	Kleines und mittleres Unternehmen
PCP	Pre-Commercial Procurement, vorkommerzielle Auftragsvergabe
PtJ	Projektträger Jülich
TED	Tenders Electronic Daily
TRA	Technology Readiness Assessment
TRL	Technology Readiness Level
UN	United Nations, Vereinte Nationen
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz

Zielsetzung

Ziel dieses PCP ist die Entwicklung eines Prototypens eines skalierbaren digitalen Werkzeugkastens für das aktive Management von Niederspannungsnetzen, der im Feld bei Netzbetreibern unter realen Bedingungen getestet wird (TRL 7). Unter diesem Werkzeugkasten wird eine modulare, offen gestaltete Lösungsumgebung verstanden, die wesentliche digitale Werkzeuge für den Netzbetrieb bereitstellt und die spätere Einbindung weiterer Werkzeuge verschiedener Anbieter über offen definierte Schnittstellen ermöglicht. Insbesondere soll der Lösungsansatz das Problem fehlender rechenfähiger Netzmodelle als Voraussetzung für die Werkzeuge behandeln. Dabei soll auf innovative Methoden zurückgegriffen und aktuelle regulatorische Rahmenbedingungen in Deutschland und der EU berücksichtigt werden.

Marktliche Ausgestaltungen und serienreife Produkte sind nicht Gegenstand dieses PCP, sondern der Transfer von Forschungsergebnissen in systemrelevante Anwendungskontexte. Das PCP ist ein Instrument der Transferoffensive Energieinnovationen und ergänzt die FuE-Aktivitäten des 8. Energieforschungsprogramms in der Mission Stromwende. Die jeweils aktuellen regulatorischen Rahmenbedingungen in Deutschland und der EU sind bei der Bearbeitung zu berücksichtigen.

Die konkrete Ausgestaltung der technischen Lösungsansätze sowie die Umsetzung unter realen Bedingungen erfolgt im Rahmen der drei PCP-Phasen (Konzept, Implementierung, Feldtest) gemäß Leistungsbeschreibung. Der Teilnehmer hat sich erfolgreich darauf beworben, an dem Verfahren teilzunehmen; Grundlage seiner Teilnahme ist diese Teilnahmevereinbarung.

1 Teilnahme

Der Teilnehmer nimmt an einer vorkommerziellen Auftragsvergabe (PCP) nach Maßgabe dieser Teilnahmevereinbarung teil. Gegenstand dieses PCP ist das „Toolkit für aktives Verteilnetzmanagement in Niederspannungsnetzen“ gemäß der hierzu veröffentlichten Leistungsbeschreibung.

Dem PCP „DSO Toolkit“ ging eine Marktkonsultation voraus, die am 27.02.2026 auf Tenders Electronic Daily (TED) veröffentlicht wurde. Die Teilnahme an der Marktkonsultation ist keine Voraussetzung für die Teilnahme am PCP. Zur Sicherstellung transparenter und gleicher Wettbewerbsbedingungen für alle interessierten Unternehmen ist ein Bericht mit den Ergebnissen der Marktkonsultation Bestandteil der Ausschreibungsunterlagen. Grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz und der Gleichbehandlung werden dadurch gewahrt.

Die auf den Konsultationsergebnissen aufbauende Leistungsbeschreibung wurde am 15.06.2026 auf www.energieforschung.de veröffentlicht. Diese Leistungsbeschreibung bildet die rechtlich bindende Grundlage dieser Teilnahmevereinbarung.

Die vom Teilnehmer eingereichten Angebotsunterlagen (insbesondere Projektbeschreibung, Preiskalkulation und Erklärungen) werden Bestandteil dieser Teilnahmevereinbarung. Im Zweifel gehen diese Teilnahmevereinbarung und die weiteren Ausschreibungsunterlagen den eingereichten Angebotsunterlagen vor. Aufgrund der beigefügten Entscheidung vom xx.xx.2026 wurde der in den

Angebotsunterlagen beschriebene Lösungsansatz zur Teilnahme am PCP „DSO Toolkit“ ausgewählt. Der Teilnehmer verpflichtet sich, diesen Lösungsansatz nach Maßgabe dieser Teilnahmevereinbarung umzusetzen.

2 Verfahrensablauf

Diese vorkommerzielle Auftragsvergabe gliedert sich in drei aufeinander aufbauende Phasen mit einer Gesamtlaufzeit von voraussichtlich 36 Monaten (ohne Berücksichtigung dazwischen liegender Auswahlphasen). Phase 1 beginnt voraussichtlich am 01.11.2026 und dauert 8 Monate. Phase 2 erstreckt sich über 16 Monate. Phase 3 dauert 12 Monate. Die detaillierte zeitliche Planung (einschließlich Einreichungsfristen und Entscheidungsterminen) ist dem Zeitplan in der Leistungsbeschreibung zu entnehmen.

Voraussetzung für die Teilnahme an Phase 2 ist ein zufriedenstellender Abschluss der Phase-1-Ergebnisse. Auch die Teilnahme an Phase 3 setzt einen zufriedenstellenden Abschluss der Phase 2 voraus. Ein Anspruch auf Teilnahme an den Phasen besteht nicht.

Der Auftraggeber entscheidet nach begründetem Ermessen, ob über Phase 1 hinausgehende Phasen durchgeführt werden. Voraussetzungen sind u. a. das Erreichen der Mindestteilnehmerzahl und die Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln.

Nach jeder Phase erfolgt eine strukturierte Bewertung des erreichten Entwicklungsstands, insbesondere unter Einbeziehung der Berichte und der in der Leistungsbeschreibung definierten Ergebnisse der jeweiligen Phase. Auf dieser Grundlage sowie aktualisierten Angebotsunterlage für die nächste Phase erhalten die Teilnehmer mit den erfolgversprechendsten Lösungsansätzen die Möglichkeit, sich an der nächsten Phase zu beteiligen. Grundlage hierfür sind spezifische Einzelverträge je Phase. Für jede Phase schließt der ausgewählte Bieter bzw., im Falle einer ausgewählten Bietergemeinschaft, der bevollmächtigte Vertreter der Bietergemeinschaft einen rechtsverbindlich zu unterzeichnenden Einzelvertrag ab. Die Teilnahmevereinbarung ist Bestandteil des Einzelvertrags.

Zur Sicherstellung von Praxisnähe, Umsetzbarkeit und regulatorischer Anschlussfähigkeit ist ab Phase 1 die aktive Einbindung mindestens eines Verteilnetzbetreibers verpflichtend. Diese Einbindung hat querschnittlich über alle Phasen hinweg zu erfolgen und dient insbesondere der fachlichen Validierung von Annahmen, Anforderungen, Use-Cases, Prozessbeschreibungen sowie Integration- und Betriebsaspekten. Geeignete Formate (z. B. Workshops, Interviews, Reviews) werden projektspezifisch ausgewählt.

Ende mit Abschluss einer Phase

Wird zwischen den Parteien kein Einzelvertrag für die jeweils nächste Phase geschlossen, endet das Projekt mit Abschluss der laufenden Phase. Einzelverträge gelten ausschließlich für die jeweiligen Phasen.

3 Vergütungsmodell

Der Teilnehmer erhält eine Vergütung nach Maßgabe seines Angebots - bzw. nach Maßgabe seiner Bewerbung für die weitere Phase des Wettbewerbs, zuzüglich Umsatzsteuer, soweit diese anfällt. Mit der Vergütung sind sämtliche zur Leistungserbringung notwendigen Kosten für die Phase abgegolten. Nachträgliche Änderungen können nicht vereinbart werden. Das Kalkulationsrisiko trägt der Teilnehmer.

Zahlungsplan

Für **Phase 1** erfolgt die Auszahlung der Vergütung wie folgt:

- 40% der Vergütung zu Beginn der Phase als Vorschuss,
- 30% der Vergütung nach vier Monaten,
- 30% der Vergütung nach Ablauf der Phase.

Für die Vergütung nach vier Monaten der Phase 1 ist ein aussagekräftiger Zwischenbericht einzureichen, der einen zufriedenstellenden Projektfortschritt belegt. Die Vergütung nach Ablauf der Phase 1 erfolgt, wenn der Abschlussbericht den zufriedenstellenden Abschluss der Phase entsprechend der Leistungsbeschreibung Abschnitt 6.2.4 belegt.

Für die weiteren **Phasen 2 und 3** werden Zahlungsplan und Auszahlungsmodalitäten im jeweiligen Einzelvertrag geregelt. Abweichungen von dem dort festgelegten Zahlungsplan bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

Sämtliche für dieses PCP durch den AG gewährten Zahlungen sind ausschließlich im Rahmen des PCP „DSO Toolkit“ zu verwenden. Eine Verwendung dieser Mittel für andere Vorhaben ist unzulässig. Andere Zahlungen, Unterstützungsleistungen oder Förderungen der öffentlichen Hand, die dem Teilnehmer vom Auftraggeber oder von Dritten gewährt wurden, dürfen nicht für dieses PCP eingesetzt werden.

Der Teilnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber auf Verlangen vollständige, relevante und verständliche Informationen sowie Nachweise über die Verwendung der gezahlten Mittel zur Verfügung zu stellen. Hierzu führt der Teilnehmer während der gesamten Dauer der Teilnahme sowie für einen Zeitraum von fünf (5) Jahren nach deren Beendigung ordnungsgemäße Finanzunterlagen, insbesondere eine ordnungsgemäße Buchführung.

Sofern nationale Vorgaben keine längeren Aufbewahrungsfristen vorsehen, hat der Teilnehmer alle Originaldokumente im Zusammenhang mit dem PCP für mindestens fünf (5) Jahre nach Beendigung der Teilnahmevereinbarung aufzubewahren. Digitale oder digitalisierte Dokumente gelten als Originale, sofern nationales Recht nicht ausdrücklich physische Dokumente verlangt.

Diese Verpflichtung umfasst Aufzeichnungen und sonstige unterstützende Dokumentationen über die wissenschaftliche und technische Durchführung (im Einklang mit den anerkannten Standards

auf diesem Gebiet) sowie über den berechneten Preis und die dem Teilnehmer entstandenen Kosten. Bei laufenden Kontrollen, Überprüfungen, Audits, Untersuchungen, Rechtsstreitigkeiten oder sonstigen Verfahren sind die einschlägigen Unterlagen bis zum Abschluss dieser Verfahren aufzubewahren.

Der Teilnehmer ist verpflichtet, während der Laufzeit der Teilnahmevereinbarung und für einen Zeitraum von zehn (10) Jahren nach ihrer Beendigung oder ihrem Ablauf jede zumutbare Unterstützung zu leisten, damit der Auftraggeber die Informationen erhält, die zur Erfüllung von Auskunftspflichten gegenüber nationalen oder supranationalen parlamentarischen, staatlichen, gerichtlichen oder sonstigen administrativen Stellen erforderlich sind. Dies umfasst auch die Unterstützung bei Prüfungen der Einhaltung dieser Teilnahmevereinbarung durch den Teilnehmer, einschließlich aller damit verbundenen Aktivitäten, Leistungen, Sicherheits- und Integritätsanforderungen.

4 Berichtspflichten

Für den Zeitraum der Teilnahme am Wettbewerb sind die Teilnehmer verpflichtet, die Auftraggeberin (AG) monatlich in einem geeigneten Format über den Fortschritt zu informieren. Das Format der monatlichen Kurzberichte wird rechtzeitig bilateral vereinbart.

Zusätzlich ist jeweils zu Zahlungsterminen ein Bericht in Schriftform über den Fortschritt der Entwicklung (Zwischenbericht mit Zahlungsanforderung) einzureichen. Der Bericht ist per E-Mail an ptj-netze@ptj.de zu übermitteln. Entwicklungsfortschritte in Form von erreichten Meilensteinen werden als Voraussetzung für die Auszahlung der zweiten Rate bewertet. Liegen wesentliche Abweichungen zur ursprünglichen Arbeits- und Meilensteinplanung vor, sind detaillierte Begründungen erforderlich.

Mit Ablauf jeder Phase ist ein schriftlicher Bericht über die abgeschlossene Phase per E-Mail einzureichen (Abschlussbericht). Der Abschlussbericht enthält insbesondere

- Ausführungen dazu, ob das mit der Bewerbung für die jeweilige Phase beschriebene Ziel erreicht wurde,
- eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse - unabhängig davon, ob diese schutzfähig sind oder nicht -, sowie
- eine Liste über das entwickelte geistige Eigentum (Know-how, Daten, Erfindungen etc.) einschließlich einer Bestätigung des Teilnehmers, dieses innerhalb eines geplanten Zeitplans zu schützen.

Aufbau und Inhalt des Abschlussberichts für die jeweilige Phase sind unabhängig davon, ob sich der Teilnehmer für die Bewerbung auf die folgende Phase entschließt.

Berichtsvorlagen werden von der AG zur Verfügung gestellt und sind zu verwenden.

Die AG ist berechtigt, jederzeit den Fortgang der Arbeiten zu beobachten, alle hierfür notwendigen Unterlagen einschließlich Aufzeichnungen über Material und Arbeitsaufwand einzusehen und die Einhaltung der technischen Bestimmungen zu überwachen. Die AG ist ferner berechtigt, Ad-hoc-

Meetings anzusetzen, um die Ausführung des Vertrags zu überwachen und etwaige Abweichungen zu besprechen. Der Teilnehmer wirkt bei Bedarf an Evaluierungen mit, die von dem AG selbst durchgeführt oder von ihr in Auftrag gegeben oder gebilligt werden.

Das nicht fristgemäße Einreichen des Abschlussberichts einschließlich der erforderlichen Unterlagen zum Ende einer Phase kann zum Ausschluss des Teilnehmers von der Teilnahme an der nächsten Phase führen.

5 Geistiges Eigentum

Der Teilnehmer bleibt Inhaber aller Rechte an den von ihm generierten Ergebnissen. Dies umfasst die Rechte an den von dem Teilnehmer neu geschaffenen Inhalten sowie die bestehenden Rechte und Sideground IPRs des Teilnehmers, die in den Ergebnissen enthalten sein können oder die für das Funktionieren bzw. die Nutzung der Ergebnisse wesentlich sind.

Die Rechte und Pflichten in Bezug auf die Ergebnisse unterliegen den folgenden Bestimmungen:

Management

Der Teilnehmer ergreift alle angemessenen und erforderlichen Maßnahmen, um ein ordnungsgemäßes Management der Ergebnisse zu gewährleisten. Der Teilnehmer muss sicherstellen, dass die Ergebnisse identifiziert, aufgezeichnet und sorgfältig von den Erzeugnissen anderer Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten, die nicht unter diesen Wettbewerb fallen, unterschieden werden können.

Der Teilnehmer ist für das Management (einschließlich des Schutzes) der eigenen Rechte am geistigen Eigentum verantwortlich – und trägt die damit verbundenen Kosten. Dies bedeutet, dass der Teilnehmer alle geeigneten und notwendigen Maßnahmen ergreifen muss, um die ordnungsgemäße Verwaltung der durch das PCP generierten Schutzrechte sicherzustellen.

Der AG hat das Recht, das Management der geistigen Eigentumsrechte zu überwachen.

Der Teilnehmer ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Ergebnisse in wissenschaftlichen Magazinen zu veröffentlichen. Bei Veröffentlichungen ist angemessen auf die Zusammenarbeit mit dem AG hinzuweisen.

Der Teilnehmer stellt sicher, dass vor einer Veröffentlichung der Ergebnisse der Schutz schutzfähiger Ergebnisse hinreichend geprüft wird – und, soweit dies angemessen ist, Schutzanträge bei dem betreffenden Mitgliedstaat oder dem Europäischen Patentamt gestellt werden.

Der Teilnehmer muss den AG im Abschlussbericht zur jeweiligen Phase über verwertbare Ergebnisse informieren, unabhängig davon, ob sie geschützt werden können oder nicht. Die dem AG übermittelten Informationen müssen Angaben über den Inhalt der Ergebnisse, die Bestätigung des Teilnehmers, diese zu schützen, und den geplanten Zeitplan für den Schutz enthalten.

Der Teilnehmer hat jederzeit schriftlich auf Auskunftersuchen des Auftraggebers bezüglich der Behandlung der Rechte an den Ergebnissen zu antworten.

Der Teilnehmer hat sicherzustellen, dass die Ergebnisse keiner Kontrolle oder sonstigen Beschränkungen durch ein Land (oder eine Einrichtung aus einem Land) unterliegen, das nicht zu den EU-Mitgliedstaaten oder assoziierten Staaten gehört – sofern mit dem Auftraggeber nichts anderes vereinbart wurde.

Die Parteien arbeiten im Rahmen des Zumutbaren bei der Verwaltung der Schutzrechte und bei der Vorbereitung von Antworten auf Mitteilungen oder Maßnahmen von zuständigen Stellen oder Behörden zusammen; die Verantwortung für diese Maßnahmen verbleibt jedoch stets beim Teilnehmer.

Der Auftraggeber ist berechtigt, die Verwaltung aller Ergebnisse und der vom Teilnehmer gehaltenen Rechte an den Ergebnissen zu überwachen. Der Teilnehmer hat auf Verlangen des Auftraggebers regelmäßig schriftliche Berichte über die Verwertung der Ergebnisse, einschließlich der Rechte an den Ergebnissen, durch den Teilnehmer, seine Lizenznehmer oder Rechtsnachfolger vorzulegen. Entscheidet der Teilnehmer sich gegen einen Schutz der generierten Ergebnisse, muss er den AG davon und von den seiner Entscheidung zu Grunde liegenden Erwägungen in Kenntnis setzen. Das gilt auch, wenn die Anmeldung eine Inanspruchnahme im Sinne des Arbeitnehmererfindungsgesetzes voraussetzt.

Wenn der Teilnehmer sich nicht, nicht rechtzeitig oder nicht ausreichend um einen Schutz bemüht, der es dem AG ermöglicht, die Ergebnisse im Sinne dieser Teilnahmevereinbarung zu nutzen, ist es dem AG uneingeschränkt möglich, sich selbst um den Schutz dieser Ergebnisse zu bemühen und die Rechte an diesen Ergebnissen zu erhalten. Der AG wird von diesem Recht keinen Gebrauch machen, wenn der Teilnehmer glaubhaft dargelegt hat, dass eine solche Rechtsausübung die weitere Entwicklung und Vermarktung der Ergebnisse beeinträchtigen würde. Sollte der AG beschließen, von diesem Recht Gebrauch zu machen, wird der AG den Teilnehmer schriftlich über seine Entscheidung informieren.

Gewährung von Lizenzen und Veröffentlichungen

Der Teilnehmer gewährt dem Auftraggeber eine lizenzgebührenfreie, nicht-exklusive, weltweite, unwiderrufliche und nicht unterlizenzierbare Lizenz zur nicht-kommerziellen Nutzung der Ergebnisse für eigene Zwecke während und nach der Durchführung des PCP

Der Teilnehmer behält das Recht zur kommerziellen Verwertung der Ergebnisse für alle Zwecke, die über den Rahmen des aktuellen PCP hinausgehen.

Auf Verlangen des Auftraggebers erteilt der Teilnehmer benannten Dritten eine nicht-exklusive und nicht unterlizenzierbare Lizenz zur Nutzung und kommerziellen oder nicht-kommerziellen Verwertung der Ergebnisse und aller für die Nutzung oder Verwertung der Ergebnisse erforderlichen Hintergrundinformationen zu FRAND-Bedingungen.

Im Falle der kommerziellen Verwertung von Produkten, Dienstleistungen oder Verfahren, die aus den Ergebnissen hervorgehen oder entwickelt wurden, durch den Teilnehmer (oder durch mit ihm verbundene oder nachfolgende Unternehmen) stellt der Teilnehmer sicher, dass dem Auftraggeber (oder einer von ihm mit der Durchführung einer Beschaffung in seinem Namen und/oder Auftrag beauftragten Stelle) die kommerziellen Produkte oder Dienstleistungen zum günstigsten Preis angeboten werden, den der Teilnehmer (oder die mit ihm verbundenen oder nachfolgenden Unternehmen) in vergleichbaren Situationen anderen Dritten anbietet (insbesondere ohne Gebühren für Lizenzen oder sonstige Rechte, die dem Auftraggeber bereits gemäß anderen Bestimmungen dieses PCP zustehen).

Übertragung des Eigentums

Der Teilnehmer kann auf eigene Initiative und ohne vorherige Genehmigung des Auftraggebers Dritten nicht-exklusive Lizenzen zur Nutzung der ihm gehörenden Ergebnisse in folgendem Umfang erteilen:

- a) diese Lizenzen die Rechte des Auftraggebers an den Ergebnissen – einschließlich der Zugriffsrechte – nicht beeinträchtigen;
- b) diese Lizenzen die Pflichten des Auftraggebers an den Ergebnissen – einschließlich der Sicherheits- und Ethikpflichten – nicht beeinträchtigen;
- c) diese Lizenzen nicht an Unternehmen erteilt werden, die den EU-Maßnahmen gemäß Artikel 29 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) und Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) unterliegen;
- d) diese Lizenzen nicht zur Folge haben, dass die Ergebnisse Kontrollen oder anderen Beschränkungen durch ein Land (oder ein Unternehmen aus einem Land) unterliegen, das kein EWR-Mitgliedstaat ist. Teilnehmer, die beabsichtigen, die Ergebnisse exklusiv zu lizenzieren oder deren Eigentum an ein Unternehmen aus einem Land (oder ein von einem Land kontrolliertes Unternehmen) zu übertragen, dass kein EWR-Mitgliedstaat ist, müssen vorab die Zustimmung des Auftraggebers einholen.

In jedem Fall muss der Teilnehmer den Auftraggeber mindestens 45 Tage im Voraus über seine Absicht, die Ergebnisse zu übertragen, informieren. Diese Mitteilung muss ausreichende Informationen über den neuen Eigentümer enthalten, damit der Auftraggeber die Auswirkungen auf seine Zugriffsrechte beurteilen kann. Der Auftraggeber kann innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt der Mitteilung Widerspruch einlegen. Der Auftraggeber kann vom Teilnehmer zusätzliche Informationen anfordern, um die potenziellen Auswirkungen zu prüfen. Der Teilnehmer ist verpflichtet, die angeforderten Informationen unverzüglich bereitzustellen. Vor Erteilung der Genehmigung prüft der Auftraggeber die potenziellen Auswirkungen der beabsichtigten Übertragung oder Exklusivlizenzierung. Der Auftraggeber kann seine Genehmigung an Maßnahmen knüpfen, die sicherstellen, dass die Übertragung oder Exklusivlizenzierung keine unbeabsichtigten oder unerwünschten Folgen hat. Bevor der Auftraggeber seine schriftliche Genehmigung erteilt, darf die Übertragung nicht erfolgen, und

jede vor oder ohne schriftliche Genehmigung abgeschlossene Übertragungs- oder (Exklusiv-)Lizenzvereinbarung ist nichtig. Wird Einspruch erhoben, darf die Übertragung erst nach einer Einigung zwischen den beteiligten Parteien erfolgen.

Ergibt die Folgenabschätzung, dass die Übertragung den Zugang zu den Ergebnissen, die kommerzielle Verwertung der Ergebnisse und/oder die öffentlichen Interessen des Auftraggebers und/oder die Sicherheitsinteressen der EU und/oder die strategischen Autonomieziele der EU beeinträchtigt, und setzt der Teilnehmer diese nicht um, so hat der Auftraggeber das Recht, vom Teilnehmer die Übertragung seiner geistigen Eigentumsrechte an den Auftraggeber zu verlangen.

Scheitern der kommerziellen Verwertung

Gelingt es dem Teilnehmer nicht, die Ergebnisse innerhalb eines Zeitraums von fünf (5) Jahren nach Beendigung oder Kündigung der Teilnahmevereinbarung kommerziell zu verwerten (oder nutzt er die Ergebnisse zum Nachteil des öffentlichen Interesses, einschließlich der Sicherheitsinteressen), hat der AG das Recht, zu verlangen, dass ihm sämtliche für eine Verwertung im öffentlichen Interesse erforderlichen Nutzungsrechte eingeräumt werden. Ein Scheitern der kommerziellen Verwertung der Ergebnisse liegt dann vor, wenn die Ergebnisse weder kommerziell genutzt noch anderweitig für einen kommerziellen Anwendungsfall vermarktet werden (direkt oder indirekt über einen Unterauftragnehmer oder Lizenznehmer).

Der Teilnehmer hat sicherzustellen, dass die kommerzielle Verwertung der Ergebnisse keine seiner sonstigen Verpflichtungen aus dem PCP verletzt, insbesondere nicht seine Verpflichtungen hinsichtlich Sicherheit, Vertraulichkeit und Schutz geistigen Eigentums oder seine Verpflichtungen nach den Datenschutzgesetzen.

Der Auftraggeber hat das Recht, die Verwertung der Ergebnisse durch den Teilnehmer während und bis zu fünf Jahre nach der Durchführung des PCP-Projekts zu überwachen. Der Teilnehmer legt dem Auftraggeber auf dessen Verlangen Berichte über die Verwertung der Ergebnisse, einschließlich der Rechte an den Ergebnissen durch den Teilnehmer, seine Lizenznehmer oder Rechtsnachfolger, vor. Der Teilnehmer ist verpflichtet, jederzeit Auskunftersuchen des Auftraggebers zur Verwertung der Ergebnisse zu beantworten.

Sollte der Teilnehmer die Ergebnisse innerhalb dieses Zeitraums nicht kommerziell verwerten und zeigen die Umstände des Falles, dass er hierfür nicht alle zumutbaren Anstrengungen unternommen hat oder werden die Ergebnisse zum Nachteil des öffentlichen Interesses, einschließlich der strategischen Autonomie oder der Sicherheitsinteressen Deutschlands oder der EU, verwendet, so hat der Auftraggeber das Recht, nach vorheriger schriftlicher Mitteilung und nachdem dem Teilnehmer eine angemessene Gelegenheit zur Darlegung seiner Stellungnahme und vorgeschlagenen Abhilfemaßnahmen eingeräumt wurde, die unentgeltliche Übertragung des Eigentums an den Ergebnissen auf den Auftraggeber zu verlangen, damit dieser die kommerzielle Verwertung der Ergebnisse sicherstellen kann.

Bevor der Auftraggeber sein Recht auf Übertragung des Eigentums an den Ergebnissen ausübt, wird er zunächst mit dem Teilnehmer Kontakt aufnehmen, um sich zu vergewissern, dass der Teilnehmer Maßnahmen ergriffen hat, um eine erfolgreiche kommerzielle Verwertung der Ergebnisse

zu gewährleisten, die strategischen Autonomie- und Sicherheitsinteressen und -regeln Deutschlands oder der EU zu wahren, eine Nutzung der Ergebnisse zum Nachteil des öffentlichen Interesses zu verhindern und seinen vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen.

In diesem Fall wird der Teilnehmer aufgefordert, dem Auftraggeber unentgeltlich Prototypen und erste Produkte aus der Forschung und Entwicklung, einschließlich Design, Prototyp- und Produkt-/Dienstleistungsspezifikationen, Simulationen, Datenmodelle, Zeichnungen und Quellcode sowie weiterer Dokumentationen/Elemente, zur Verfügung zu stellen. Der Auftraggeber erwirbt im Gegenzug das Eigentum an allen Patenten, Marken, Handelsnamen, Domainnamen, Designrechten, Datenbankrechten, Know-how – unabhängig davon, ob diese eingetragen sind oder nicht – sowie an allen Anmeldungen zur Erteilung solcher Rechte und allen Rechten mit gleichwertiger oder ähnlicher Wirkung weltweit. Der Auftraggeber kann diese Rechte an Dritte übertragen, um die weitere Produktentwicklung und Markteinführung sicherzustellen.

Um die grenzüberschreitende Leistungserbringung vor potenziellen physischen und Cyber-Bedrohungen zu schützen und den Austausch sicherheitsrelevanter Informationen zu gewährleisten, hat der Teilnehmer die Wahrung der Sicherheitsinteressen der EU bei der kommerziellen Verwertung der Ergebnisse sicherzustellen. Möchte der Teilnehmer seine Lösung außerhalb der EU vermarkten, muss er daher die Verordnung (EU) 2021/821 vom 20. Mai 2021 zur Schaffung eines Unionsregimes für die Kontrolle von Ausfuhren, Vermittlung, technischer Hilfe, Transit und Übergabe von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck (sofern zutreffend) einhalten.

Der Teilnehmer hat sicherzustellen, dass bei der kommerziellen Verwertung der Ergebnisse jegliche Zusammenarbeit mit in anderen Ländern ansässigen oder von solchen Ländern kontrollierten Unternehmen oder Unternehmen aus solchen Ländern die Sicherheits- oder strategischen Autonomieinteressen der EU nicht beeinträchtigt. Der Teilnehmer hat sicherzustellen, dass diese Verpflichtungen auch für seine Unterauftragnehmer, verbundenen Unternehmen und sonstige Dritte gelten, mit denen er bei der Vermarktung der Ergebnisse zusammenarbeitet, sowie für alle Rechtsnachfolger der Unternehmen, die die Ergebnisse besitzen oder weiterentwickeln.

Allgemeine Bestimmungen (Auffangregelungen)

Für Ergebnisse, die nicht geistige Eigentumsrechte in strictu sensu darstellen, gelten die gleichen Regeln wie für geistige Eigentumsrechte.

Der AG behält sich alle Rechte vor, die in dieser Teilnahmevereinbarung nicht ausdrücklich eingeräumt werden, einschließlich, aber nicht beschränkt auf das Recht, weitere Lizenzvereinbarungen, Vermarktungsmöglichkeiten, Wettbewerbe für die Entwicklung und/oder Folgeaktivitäten für den Einsatz der Ergebnisse zu verfolgen.

Der Teilnehmer ist verpflichtet, die vorstehenden Regelungen bei Vereinbarungen mit Dritten zu berücksichtigen. Er verpflichtet sich, insbesondere keine Vereinbarungen mit Dritten abzuschließen, die im Widerspruch zu den vorstehenden Regelungen stehen oder die Umsetzung der sich daraus ergebenden Rechte Dritter oder der AG einschränken, erschweren oder vereiteln.

Im Falle eines öffentlichen Notstands ist der Teilnehmer auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, die im Rahmen des PCP entstandenen Produkte und/oder Dienstleistungen zu FRAND-Bedingungen schnell und umfassend zur Bewältigung des Notstands zu nutzen. Diese Bestimmung gilt bis zu fünf Jahre nach Beendigung des PCP.

Diese Verpflichtungen gelten auch für die Unterauftragnehmer, verbundenen Unternehmen und sonstigen Dritten, mit denen der Teilnehmer bei der Vermarktung der Ergebnisse zusammenarbeitet, sowie für alle Rechtsnachfolger des Teilnehmers hinsichtlich des Eigentums oder der Weiterentwicklung der Ergebnisse.

Der Teilnehmer ist dafür verantwortlich, dass alle Dritten, mit denen er im Rahmen des Vertragsverhältnisses mit dem AG zusammenarbeitet, alle Verpflichtungen in Bezug auf geistiges Eigentum und gewerbliche Schutzrechte gegenüber dem Auftraggeber einhalten und diese Verpflichtungen an die jeweiligen Dritten weitergeben.

Der Teilnehmer hat sicherzustellen, dass die Rechte des Auftraggebers aus dem PCP unter allen Umständen gewahrt bleiben, insbesondere im Falle einer Fusion, Aufspaltung, Übernahme oder sonstigen Umstrukturierung des Unternehmens.

6 Rechte und Pflichten während der Teilnahme

6.1 Schriftform, Gerichtsstand, Rechtswahl

Die Unterzeichnung dieser Teilnahmevereinbarung kann durch jede Partei in Schriftform oder in elektronischer Form im Sinne des § 127 Abs. 3 S. 1 BGB (z.B. mittels elektronischer Signaturdienste) rechtswirksam erfolgen. Entsprechendes gilt für Änderungen und Ergänzungen dieser Teilnahmevereinbarung oder ihrer Anlagen. Dies gilt auch für die Abbedingung des vorbenannten Formerfordernisses. Eine Unterzeichnung mittels elektronischer Signaturdienste muss mindestens den Anforderungen an eine qualifizierte elektronische Signatur genügen, mit einem Zeitstempel versehen sein und eine nachträgliche Veränderung der Daten erkennen lassen (z.B.: Skribble oder DocuSign). § 127 Abs. 3 S. 2 BGB findet keine Anwendung. Jede Partei erhält ein vollständig ausgefertigtes Exemplar dieser Teilnahmevereinbarung. Die Zustellung der vollständig ausgefertigten Kopie per E-Mail oder über ein elektronisches Unterschriftensystem hat die gleiche Wirkung wie die Zustellung eines Originals in Papierform. Mündliche Nebenabreden zu dieser Teilnahmevereinbarung wurden nicht getroffen.

Gerichtsstand ist, soweit gesetzlich zulässig, Bonn. Diese Teilnahmevereinbarung unterfällt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

Die Rechte, die der Teilnehmer im Rahmen dieser Teilnahmevereinbarung einräumt, bleiben im Regelfall bis zu einem Zeitraum von fünf (5) Jahren nach Beendigung der Teilnahmevereinbarung bestehen, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

6.2 Kündigung Laufzeit

Die Laufzeit dieser Teilnahmevereinbarung beginnt mit dem **01.11.2026** und endet am **31.12.2029**. Sie endet vorzeitig, soweit die Parteien nicht für eine der auf Phase 1 folgenden Phasen ausgewählt werden. Die Beendigung der Teilnahmevereinbarung aus jedwedem Grund berührt die Regelung aus Abschnitt 5 „Geistiges Eigentum“ dieser Teilnahmevereinbarung nicht.

Der AG kann die Teilnahmevereinbarung außerordentlich kündigen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn

- sich herausstellt, dass der Teilnehmer (oder Unterauftragnehmer) in seiner Bewerbung unzutreffende Angaben gemacht hat oder von der Ausschreibung vorausgesetzte Bedingungen oder Anforderungen nicht oder nicht mehr vorliegen oder eingehalten werden;
- über das Vermögen des Teilnehmers oder eines der Unterauftragnehmer die Eröffnung des Insolvenzverfahrens beantragt und dieser Antrag nicht innerhalb von sechs Wochen zurückgenommen wird oder ein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt wird oder die Eröffnung des Insolvenzverfahrens angeordnet wird oder dessen Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird;
- im Falle eines Abbruchs dieser Teilnahmevereinbarung während der Phase durch den Teilnehmer;
- der Teilnehmer die Mitteilung zu entgegenstehenden Schutzrechten und Schutzrechtsanmeldungen unterlässt
- der Teilnehmer dem Auftraggeber mitteilt, dass er nicht willens oder in der Lage ist, das Projekt fortzusetzen. Eine Begründung ist nicht erforderlich
- der Teilnehmer auf Anforderung seiner Pflicht zur Abgabe von Berichten nicht oder nicht innerhalb von 10 (zehn) Arbeitstagen nach dem vorgesehenen Termin nachkommt oder wiederholt über einen Zeitraum von 3 (drei) aufeinanderfolgenden Monaten hinweg ein Ergebnis nicht liefert
- der Teilnehmer schwerwiegend oder wiederholt gegen eine der in dieser Teilnahmevereinbarung oder ihren Anlagen festgelegten Pflichten verstößt oder die in den jeweiligen Bewerbungsunterlagen angegebenen Leistungen ohne Zustimmung der AG nicht erbringt oder ohne Zustimmung der AG wesentlich ändert. Im Falle der Kündigung der Teilnahmevereinbarung wegen schwerwiegender oder wiederholter Vertragsverletzungen oder groben beruflichen Fehlverhaltens des Teilnehmers ist der Auftraggeber berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von höchstens 10 % (zehn Prozent) des im Phasenvertrag für die laufende Phase festgelegten Preises für das Projekt zu erheben und/oder Schadensersatz zu fordern.
- der Teilnehmer für das gleiche Projekt und die in seinem Angebot bzw. seinen Bewerbungen angegebenen Arbeitsschritte eine anderweitige öffentliche Finanzierung in Anspruch nimmt;
- die Leistungen nicht den Anforderungen an Forschungs- und Entwicklungsleistungen gemäß der im Unionsrahmen für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (2022/C 414/01) festgelegten Forschungs- und Entwicklungskategorien entsprechen.

Der Teilnehmer verstößt gegen eine Verpflichtung aus diesem Vertragsverhältnis, wenn:

- a) der Verstoß behebbar ist und der Teilnehmer ihn nicht innerhalb von 30 Tagen nach schriftlicher Mitteilung, in der der Verstoß spezifiziert und seine Behebung gefordert wird, behebt; oder
- b) der Verstoß nicht behebbar ist (aber keinen schwerwiegenden oder wiederholten Verstoß oder ein grobes berufliches Fehlverhalten des Teilnehmers darstellt).

Kündigt der AG die Teilnahmevereinbarung aus wichtigem Grund, hat der Teilnehmer die vom AG für die jeweilige Phase bereits erhaltenen Mittel zurückzuzahlen. Soweit der Teilnehmer nachweist, dass seine bis zum Zeitpunkt der außerordentlichen Kündigung erbrachten Leistungen in der jeweiligen Phase für den AG nicht wertlos sind, steht ihm die auf den nicht wertlosen Teil entfallende Vergütung zu, soweit diese eine etwaige marktübliche Vergütung nicht überschreitet. Diese Leistungen sind insbesondere dann nicht wertlos, soweit sie durch andere Teilnehmer des Wettbewerbs verwendet werden.

Die Kündigung dieser Teilnahmevereinbarung durch den Auftraggeber erfolgt entweder mit sofortiger Wirkung ab dem Datum der Zustellung der Kündigungserklärung oder nach Ablauf einer in der Kündigungserklärung genannten Frist. In diesem Fall ist der Auftraggeber nicht zur weiteren Zahlung verpflichtet.

Der Auftraggeber kann dieses Vertragsverhältnis durch rechtzeitige schriftliche Mitteilung ohne Haftung für Schäden, Verluste oder Aufwendungen, die sich aus oder im Zusammenhang mit dieser Kündigung ergeben, kündigen, wenn ein Kontrollwechsel beim Teilnehmer eintritt, der sich nachteilig auf den Teilnehmer auswirkt. Der Auftraggeber darf seine Rechte gemäß dieser Klausel nur für sechs (6) Monate nach einem Kontrollwechsel ausüben. Die Ausübung dieser Rechte ist ausgeschlossen, wenn der Auftraggeber dem jeweiligen Kontrollwechsel vorab schriftlich zugestimmt hat und dieser wie geplant erfolgt. Der Teilnehmer hat den Auftraggeber innerhalb von zwei (2) Wochen nach Eintritt eines Kontrollwechsels zu benachrichtigen. Der Auftraggeber darf seine Zustimmung nicht unbillig verweigern und hat dem Teilnehmer innerhalb von zwei (2) Wochen nach Erhalt dieser Benachrichtigung eine Entscheidung mitzuteilen.

Die im Rahmen der Teilnahmevereinbarung vom Teilnehmer an den Auftraggeber oder Dritte erteilten Abtretungen und/oder Lizenzen bleiben auch nach Ablauf oder Kündigung dieses Vertrags bestehen.

Die Kündigung oder der Ablauf dieses Vertrags berührt nicht die Rechte, Ansprüche oder Pflichten beider Parteien, die vor der Kündigung oder dem Ablauf dieses Vertrages entstanden sind.

Innerhalb von 30 (dreißig) Tagen nach Beendigung oder Ablauf dieser Teilnahmevereinbarung hat der Teilnehmer auf Verlangen des Auftraggebers alle vom Auftraggeber oder in dessen Auftrag erhaltenen personenbezogenen Daten oder vertraulichen Informationen des Auftraggebers entweder im aktuellen Format oder in einem vom Auftraggeber festgelegten Format zurückzugeben oder zu vernichten.

6.3 Übertragung der vertraglichen Position

Grundsätzlich und aufgrund der kurzen Laufzeit des Vertragsverhältnisses sind Änderungen an Teilnehmergeinschaften oder Unterauftragnehmern nur in Ausnahmefällen und bei unvorhersehbaren Ausnahmefällen zulässig. Dies gilt auch, wenn ein neuer Teilnehmer den ursprünglich beauftragten Teilnehmer im Zuge einer vollständigen oder teilweisen Nachfolgeregelung nach einer Unternehmensumstrukturierung (einschließlich Übernahme, Fusion, Erwerb oder Insolvenz) eines anderen Wirtschaftsteilnehmers ersetzt, sofern dieser die ursprünglich festgelegten Auswahlkriterien erfüllt. In jedem Fall ist die vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers erforderlich.

In diesem Fall muss das neue Mitglied der Teilnehmergeinschaft bzw. der neue Unterauftragnehmer die Eignungs- und Zuschlagskriterien erfüllen und alle erforderlichen Erklärungen unterzeichnen. Der Austausch darf keine wesentliche Änderung der Vertragsbedingungen zur Folge haben.

- (1) Ein Dritter kann den Teilnehmer im Anschluss an eine Unternehmensumstrukturierung, einschließlich Übernahme, Fusion, Erwerb oder Insolvenz des Teilnehmers ersetzen, sofern:
 - der Dritte die Position des Teilnehmers vollständig übernimmt und alle Ausschluss-, Auswahl-, Compliance- und minimalen technischen Kriterien erfüllt und die Nachfolge keine wesentliche Änderung mit sich bringt; oder
 - der Dritte das Vorhaben unverändert fortführen will, eine verbindliche Vereinbarung mit dem bisherigen Teilnehmer über bestehende Rechte getroffen hat und auf dieser Grundlage rückwirkend alle Rechte und Pflichten des bisherigen Teilnehmers übernimmt.
- (2) Teilnehmer, die eine mögliche Fusion oder Übernahme durch ein Unternehmen aus einem Land (oder ein von einem Land kontrolliertes Unternehmen) prüfen, das kein EWR-Land ist, müssen den Auftraggeber mindestens drei Monate vor der Entscheidung zur Durchführung der Fusion oder Übernahme benachrichtigen und Folgendes mitteilen:
 - a) eine detaillierte Beschreibung der Identität, der Eigentumsverhältnisse und der Kontrollstruktur des potenziellen neuen Fusionsunternehmens bzw. des/der potenziellen neuen Eigentümer(s).
 - b) eine begründete Bewertung der voraussichtlichen Auswirkungen der möglichen Fusion/Übernahme auf den Zugang zu den Ergebnissen und den Hintergrundinformationen sowie auf die Vermarktung und Verwertung der Ergebnisse, einschließlich der Sicherheitsinteressen und der strategischen Autonomie der EU.
- (3) Ergibt sich aus der Folgenabschätzung dieser Teilnahmevereinbarung, dass die Fusion oder Übernahme den Zugang zu den Ergebnissen, die kommerzielle Nutzung der Ergebnisse und/oder die öffentlichen Interessen des AG und/oder die Sicherheitsinteressen der EU und/oder die strategischen Autonomieziele der EU beeinträchtigt, und führt der Teilnehmer nach der Erörterung der Folgenabschätzung zwischen den Parteien die Fusion oder Übernahme durch, hat der AG das uneingeschränkte Recht, zu verlangen, dass der Teilnehmer (sowohl vor als auch nach der Fusion oder Übernahme) seine Rechte an geistigem Eigentum auf den AG überträgt.

- (4) Jede Handlung des Teilnehmers, die gegen die Bestimmungen dieses Paragraphen verstößt, ist null und nichtig.

6.4 Haftungsausschluss

Der AG haftet nicht für Schäden aller Art des Teilnehmers oder Dritter, die aus der Teilnahme am PCP entstehen. Der Teilnehmer wird den AG während der Laufzeit dieser Teilnahmevereinbarung und bis zu einem Zeitraum von zehn (10) Jahren nach Beendigung oder Kündigung der Teilnahmevereinbarung in vollem Umfang von allen Schäden nach Satz 1 freistellen und schadlos halten. Dieser Abschnitt gilt unbeschadet von §309 Nr.7 BGB.

7 Weiteres

Die Bezuschlagung des Auftrages zur vorkommerziellen Beschaffung von FuE-Dienstleistungen steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der veranschlagten Haushaltsmittel.

Die im Rahmen dieser Vereinbarung finanzierten Aufwendungen können nicht zusätzlich im Rahmen des Forschungszulagengesetzes gefördert werden (vgl. § 7 Abs. 2 FZulG).

Gemäß § 10 Haushaltsgesetz 2026 (HG 2026) weisen wir darauf hin, dass aufgrund dieser Vereinbarung und des dazugehörigen Einzelvertrages ausgezahlte Bundesmittel nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten oder zur Unterstützung terroristischer Vereinigungen eingesetzt werden dürfen. (Auflage i. S. d. § 36 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)).

8 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages oder eine später aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise nichtig sein oder werden oder sollte sich eine Lücke in diesem Vertrag herausstellen, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. An Stelle der nichtigen Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke gilt mit Rückwirkung diejenige wirksame und durchführbare Regelung als vereinbart, die rechtlich und wirtschaftlich dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt hätten, wenn sie diesen Punkt beim Abschluss des Vertrages bedacht hätten.